

Ordnungswidrigkeitenrecht

Bülte

7. Auflage 2024
ISBN 978-3-406-81325-2
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

GRUNDRISSE DES RECHTS

Bülte/Krumm · Ordnungswidrigkeitenrecht


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Ordnungs- widrigkeitenrecht

Begründet von

Dr. Joachim Bohnert

o. Professor an der Freien Universität Berlin

fortgeführt ab der 5. Auflage von

Dr. Jens Bülte

o. Professor an der Universität Mannheim

ab der 7. Auflage in Zusammenarbeit mit

Carsten Krumm

Richter am Amtsgericht, Dortmund

7. Auflage 2024



C.H. BECK

Zitiervorschlag: Bülte/Krumm OWiR § 1 Rn. 1


beck.de
ISBN Print 978 3 406 81325 2
ISBN E-Book (ePDF) 978 3 406 81326 9

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: 3w+p GmbH, Rimpar
Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur 7. Auflage

Seit der letzten Auflage dieses Lehrbuchs hat sich auch für das Ordnungswidrigkeitenrecht einiges verändert. Dabei sind es weniger die großen Gesetzesreformen, die dieses Rechtsgebiet prägen: Die Diskussion über die Verbandssanktionen ist weitgehend eingeschlafen, während sich die Entwicklung fortsetzt, dass Ordnungswidrigkeitsvorschriften im Wirtschaftsrecht mehr und mehr zum Appendix europäischer Verordnungen werden, deren Verletzung mit zum Teil drastischen umsatzbasierten Sanktionen bedroht sind. Über das Unionsrecht sickern zudem andere Sanktionsformen in das Strafrecht im weiteren Sinne ein, wie etwa die Veröffentlichung von Rechtsverstößen.

Prägend für die Rechtswirklichkeit war in den letzten vier Jahren jedoch zweifellos die Corona-Pandemie. Sie hat insbesondere die Justiz vor große Herausforderungen gestellt, die unter erheblichen praktischen Schwierigkeiten sowohl ihren Modernisierungsbedarf gezeigt als auch ihre große Leistungsfähigkeit und rechtsstaatliche Standhaftigkeit sowie Resilienz bewiesen hat. Die Behörden und Gerichte haben Gefahrenabwehr unter effektivem Grundrechtsschutz ermöglicht. Gegenstand der Pandemierechtsprechung war nicht nur das Versammlungsrecht, sondern auch das Ordnungswidrigkeitenrecht, denn die Bürger sind in dieser Zeit verstärkt mit Bußgeldandrohungen zur Umsetzung des Infektionsschutzes konfrontiert worden. Auch die Neuerungen im Betäubungsmittelrecht werden zu vermehrten Bußgeldverfahren außerhalb des „Klassikers“ Straßenverkehr und jenseits der Wirtschaftsordnungswidrigkeiten führen, ist doch der Besitz von Cannabis in bestimmten Mengen nunmehr mit Geldbuße bedroht. Im praktischen Kernbereich des Bußgeldrechts, dem Recht der Verkehrsordnungswidrigkeiten haben sich die Verfassungsgerichte des Bundes und der Länder mit dem fairen Verfahren und der Waffengleichheit bei standardisierten Messverfahren befasst und judiziert, dass ein grundsätzliches Recht auf Zugang zu vorhandenen Beweismitteln, nicht aber ein Recht auf Vorhaltung oder Schaffung bestimmter Beweismittel besteht.

Das Ordnungswidrigkeitenrecht gewinnt vor diesem Hintergrund an Dynamik und Tiefe, weil die verfassungs- und unionsrechtlichen

Grundlagen auch in alltäglichen Verfahren Bedeutung erlangen. Der Straßenverkehr ist zwar nach wie vor die Domäne des Bußgeldrechts, doch wächst die Bedeutung des Sanktionsrechts in allen anderen Bereichen, nicht zuletzt, weil (Aufsichts-)Behörden mehr und mehr die Geldbuße gegen Verbände und die Abschöpfung nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz entdecken.

Um allen mit dem Bußgeldrecht Befassten einen verständlichen und wissenschaftlich vertieften wie praktisch anwendbaren Überblick zu geben, haben wir diesen Grundriss des Ordnungswidrigkeitenrechts nun zu zweit überarbeitet. Mit dem Anspruch des wissenschaftlich arbeitenden Praktikers einerseits und des praktisch tätigen Wissenschaftlers andererseits, möchten wir allen einen leichten Zugang und effektiven Überblick über die Grundlagen und Kernfragen des Ordnungswidrigkeitenrechts bieten. Zu diesem Zweck haben wir uns auf das Notwendigste beschränkt, in der Hoffnung, dass das Werk seinen Weg sowohl in die Hände von Studierenden als auch von Praktikern in Justiz, Behörden und Beraterschaft findet.

Wir danken allen, die an dieser Neuauflage mitgewirkt haben. Namentlich möchten wir herzlich danken Ref. iur. *Luisa-Sophia Antes*, *Johanna Hübsch*, *Anne Hüttinger*, *Julia Karlinski*, *Tatjana Pflugfelder* und *Lennard Streb* sowie stud. iur. *Franziska Ehrmann*, *Sumea Hanreich*, *Luisa Holzer*, *Jonas Kahmann* und *Lukas Schlenkrich*. Schließlich möchten wir uns ganz besonders beim Verlag C.H.Beck, insbesondere bei Frau Ass. iur. *Susanne Loder* für die großartige Unterstützung bedanken.

Schwalmtal und Datteln im Juli 2024

Jens Bülte und Carsten Krumm

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 7. Auflage	V
Abkürzungsverzeichnis	XV
Literaturverzeichnis	XXI

§ 1. Einführung

I.	Gesetzeslage – Abgrenzung von Ordnungswidrigkeitenrecht und Kriminalstrafrecht	1
	1. Ordnungswidrigkeitenrecht als Teil des Strafrechts	1
	2. Gesetzssystematik	2
	3. Besondere Tatbestandsformen	4
	4. Gesetzgebungskompetenz	6
	5. Bußgeldrecht der Europäischen Union	7
	6. Europäisierung des deutschen Ordnungswidrigkeitenrechts	7
	a) Verweisungen auf Unionsrecht durch nationales Ordnungswidrigkeitenrecht	8
	b) Unionsrechtskonforme Auslegung des Ordnungswidrigkeitenrechts	8
	c) Anwendungsvorrang	10
	d) Missbrauchsvorbehalt	14
II.	Begriff der Ordnungswidrigkeit	14
	1. Bagatelldelinquenz	14
	2. Abgrenzungstheorien	15
	a) Problemlage	15
	b) Quantitative Theorie	16
	c) Quantitativ-qualitative Theorie	17
	d) Positive Rechtslage	18
	e) Prozessuale Bedeutung	18
III.	Opportunität	19
	1. Grundprinzip	19
	2. Vermeidung von Willkürentscheidungen	20

§ 2. Allgemeiner Teil

I.	Keine Ahndung ohne Gesetz	22
	1. Gesetzlichkeitsprinzip	22
	2. Bestimmtheitsgebot	23
	3. Analogie- und Rückwirkungsverbot	27

II.	Geltungsbereich	28
	1. Räumlicher Geltungsbereich	28
	2. Zeitlicher Geltungsbereich	29
III.	Materielle Voraussetzungen der Ahndbarkeit	30
	1. Überblick	30
	2. Unrechtstatbestand	31
	3. Vorsatz und Fahrlässigkeit	32
	a) Ausdrückliche Anordnung	32
	b) Vorsätzliche Begehung	32
	c) Fahrlässige Begehung	34
	4. Rechtswidrigkeit	36
	a) Regel-/Ausnahmeverhältnis	36
	b) Notwehr	37
	c) Notstand	38
	d) Andere Rechtfertigungsgründe	39
	5. Verantwortlichkeit	40
	a) Vorwerfbarkeit	40
	b) Ausschluss der Verantwortlichkeit	40
	c) Trunkenheit als Sonderfall	41
	d) Verbotskenntnis	43
	e) Entschuldigungsgründe	43
	6. Irrtum	44
	a) Erkenntnismangel	44
	b) Verbotsirrtum	46
	c) Erlaubnistatbestandsirrtum	47
	7. Versuch	48
	8. Begehen durch Unterlassen	49
	a) Echte und unechte Unterlassungsdelikte	49
	b) Voraussetzungen der Ahndung	51
	9. Mehrheit von Beteiligten	54
	a) Einheitstäter	54
	b) Beteiligungsformen	55
	c) Beteiligungsvoraussetzungen	56
	d) Besondere persönliche Merkmale	57
	e) Mischtatbestände	58
	10. Handeln für einen anderen	59
	11. Aufsichtspflichtverletzung	61
	a) Sondertatbestand zur Ahndung von Aufsichtspflichtverletzungen	61
	b) Täterqualifikation	62
	c) Tatmodalitäten	62
IV.	Konkurrenzen	64
	1. Konkurrenzbildung	64
	2. Gesetzeskonkurrenz	65

3. Tateinheit	67
4. Tatmehrheit	69
5. Prozessuale Tateinheit	70
6. Ordnungswidrigkeit und Straftat	70
V. Rechtsfolgen der Ordnungswidrigkeit	72
1. Voraussetzung und Rechtsfolge	72
2. Geldbuße	73
a) Zweck der Geldbuße	73
b) Bußgeldrahmen	73
c) Bußgeldrahmen bei Fahrlässigkeit	74
d) Zumessung der Geldbuße	75
3. Geldbuße gegen Personenvereinigungen	82
a) Verantwortlichkeit	82
b) Normadressaten	82
c) Ahndungsvoraussetzungen	83
d) Rechtsfolge	85
e) Geldbußen gegen Gesamtrechtsnachfolger	85
f) Verfahrensdurchführung	86
4. Fahrverbot	87
a) Voraussetzungen	88
b) Regelfahrverbot und Ausnahmen	89
c) Dauer	91
d) Wirkung/Schonfrist	92
e) Vollstreckung	93
5. Einziehung	94
a) Normzweck und Regelungsstruktur	95
b) Voraussetzungen der Einziehung	97
c) Entschädigung	100
d) Verfahren zur Anordnung der Einziehung	100
6. Einziehung des Wertes von Taterträgen (§ 29a)	102
a) Wesen und Bedeutung	102
b) Wert des Tatertrages	102
c) Anordnung	104
d) Verfahren	106
VI. Verjährung	106
1. Verfolgungs- und Vollstreckungsverjährung	106
2. Verfolgungsverjährung	107
a) Wirkung	107
b) Frist	108
c) Veränderungen der Frist	109
3. Vollstreckungsverjährung	112

§ 3. Bußgeldverfahren

I.	Einleitung	114
	1. Verfahrensablauf	114
	2. Zuständigkeit für die Verfahrensabschnitte	115
	3. Parallelen und Unterschiede zum Strafprozess	116
II.	Verfahrensbeteiligte	117
	1. Grundsätze	117
	2. Verwaltungsbehörde	117
	a) Ahndungsbehörde	117
	b) Sachliche Zuständigkeit	117
	c) Örtliche Zuständigkeit	118
	d) Mehrere Zuständigkeiten	119
	e) Befugnisse der Verwaltungsbehörde	119
	3. Staatsanwaltschaft	119
	4. Gericht	120
	5. Polizei und sonstige Behörden	121
	6. Betroffener	122
	7. Verteidiger	123
	a) Wahlverteidiger	123
	b) Notwendige Verteidigung	124
	c) Stellung des Verteidigers	124
III.	Grundstrukturen des Bußgeldverfahrens	126
	1. Anzuwendende Vorschriften	126
	2. Verfahrensgegenstand	128
	3. Verfahrensgrundsätze	129
	a) Legalitäts- und Opportunitätsprinzip	129
	b) Verfahrensgrundsätze	129
IV.	Das Vorverfahren	136
	1. Bußgeldverfahren der Verwaltungsbehörde	136
	2. Verfahrenseinleitung	136
	3. Polizeiliche Verfahrenspflichten	138
	4. Vorverfahren als Erkenntnisverfahren	139
	a) Beweisführung	139
	b) Zeugen	141
	c) Sachverständige	142
	d) Urkunden	144
	e) Augenschein	144
	f) Einlassung des Betroffenen	145
	5. Beweisgewinnung	146
	a) Amtshilfe	146
	b) Formloses Beschaffen	147
	c) Durchsetzungsmaßnahmen	147
	d) Beschlagnahme und Durchsuchung	148

e) Standardisierte Messverfahren	148
f) Einschränkung der Beweisaufnahme	149
g) Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	151
h) Beweisverbote	151
6. Sachverhaltsaufklärung	151
7. Verfahrenshindernisse	152
a) Dauerhafte und zeitweilige Verfahrenshindernisse	152
b) Einzelne Verfahrenshindernisse	153
8. Abschlussentscheidung	155
V. Ahndungsentscheidungen der Verwaltungsbehörde	157
1. Verwarnung	157
a) Geringfügigkeit des Delikts	157
b) Verwarnungsverfahren	158
c) Bindungswirkung	160
d) Rücknahme der Verwarnung	160
e) Rechtsbehelfe	161
2. Bußgeldbescheid	162
a) Ahndungsentscheidung	162
b) Form	162
c) Erlass	163
d) Inhaltsanforderungen	163
e) Zustellung	166
f) Mängel des Bußgeldbescheids	167
g) Mängelfolgen	169
h) Unabänderbarkeit	170
VI. Zwischenverfahren	171
1. Einspruch	171
a) Wirkung des Einspruchs	171
b) Einspruchsberechtigung	172
c) Wirksamkeitsvoraussetzungen	172
d) Form	174
e) Frist	174
f) Verzicht und Rücknahme	175
2. Zwischenverfahren der Verwaltungsbehörde	175
3. Verfahren der Staatsanwaltschaft	176
4. Gerichtliches Vorprüfungsverfahren	178
VII. Gerichtliches Hauptverfahren	179
1. Entscheidungskompetenz	179
2. Verfahrensvoraussetzungen	179
a) Zuständigkeit	179
b) Entscheidungsvoraussetzungen	180
3. Verfahrensalternative	180
a) Beschluss- oder Urteilsverfahren	180
b) Ergänzende Beweiserhebung	181

4. Verfahren mit Hauptverhandlung	182
5. Beteiligung an der Hauptverhandlung	183
a) Staatliche Organe	183
b) Betroffener	185
c) Anwesenheit des Verteidigers	186
6. Beweisaufnahme in der Hauptverhandlung	186
a) Aufklärungspflicht	186
b) Beweisantragsrecht	187
c) Beweisaufnahme	189
7. Abschluss der Hauptverhandlung	192
a) Verfahrensverlauf	192
b) Urteilsverkündung	193
8. Entscheidung im schriftlichen Verfahren	195
a) Voraussetzungen	195
b) Erkenntnisgrundlage	197
c) Wirkung des Beschlusses	197
VIII. Rechtsbeschwerde	198
1. Rechtsbeschwerde als Rechtsmittel	198
2. Zuständigkeit	198
3. Zulässigkeit und Begründetheit	199
a) Zulassungsvoraussetzungen	199
b) Besondere Zulassungsvoraussetzungen	204
4. Zulassungsverfahren	207
a) Zulassungsantrag	207
b) Zulassungsgrund	207
c) Zulassungsentscheidung	208
5. Rechtsbeschwerdeverfahren	209
a) Prüfungsreichweite	209
b) Verfahrensdurchführung	211
IX. Sofortige (Kosten-)Beschwerde	212
X. Verfassungsbeschwerde	213
§ 4. Gemischte Verfahren und Verfahrenswechsel	
I. Materiell-rechtliche Verknüpfungen	214
II. Prozessuale Verschränkungen	215
1. Reine Verfahren	215
2. Gemischte Verfahren	216
3. Wechselnde Verfahren	218
III. Verfahrensübergang	218
1. Einschätzungsänderung	218
2. Wechsel vom Straf- zum Ordnungswidrigkeitenverfahren	219
3. Wechsel vom Ordnungswidrigkeiten- zum Strafverfahren	221

IV. Rechtskraft der Ahndungsentscheidung	222
§ 5. Verfahrenskosten und Vollstreckung	
I. Kosten und Auslagen	224
1. Kosten	224
2. Auslagen	225
3. Rechtsbehelfe	226
II. Vollstreckung	226
Anhang	229
Beispiel für eine Verwarnung (§ 56)	229
Beispiel für einen Bußgeldbescheid (§§ 65, 66)	231
Stichwortverzeichnis	245

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG